



PROF. DR. HANS-PETER MAYER  
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Straßburg, 16. Januar 2001

## **Pressemeldung 02/01:**

### **Die besonderen Schwierigkeiten von jungen Landwirten berücksichtigen**

**Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer aus Vechta fordert mehr Aufmerksamkeit und finanzielle Mittel für die speziellen Probleme von Junglandwirten**

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist in den vergangenen 10 Jahren in der Europäischen Union stetig gesunken. Besonders betroffen sind Familienhöfe in Niedersachsen. Dabei ist die Anzahl der Landwirte unter 35 Jahren am stärksten gefallen. Die Hauptprobleme, mit denen sich Junglandwirte konfrontiert sehen, liegen in den hohen Niederlassungskosten, in den unsicheren wirtschaftlichen Aussichten der Landwirtschaft, in dem knappen Angebot an landwirtschaftlichen Betrieben, in Problemen im Bereich der Ausbildung, im Verwaltungsaufwand und im geringen Ansehen der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit. Hinzu kommen Sonderprobleme wie die Schweinepest oder BSE.

Dies ist das Ergebnis einer Studie zum Thema „Die Zukunft der Junglandwirte in der EU“, die der Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments zu Beginn des Jahres 2000 bei einer unabhängigen Beratungsfirma in Auftrag gegeben hat. Auf dieser Grundlage hat das Europäische Parlament einen Initiativbericht ausgearbeitet, in dem die Europäische Kommission als Verwaltungsstelle der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgefordert wird, die laufenden Programme zur Unterstützung von Junglandwirten zu überprüfen.

Der Europaabgeordnete Hans-Peter Mayer aus Vechta erklärte zu diesem Bericht: „Wir kennen das Problem des Höfesterbens und der Überalterung der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung bei uns vor Ort bestens. Das ist eine wahre Tragödie: Landwirtschaftliche Betriebe, und vor allem Kleinbetriebe, bilden die Grundlage der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik. Die unabhängige Studie zeigt eine unerfreuliche Entwicklung in der Landwirtschaft auf, die vor keiner Landesgrenze halt macht und auch den Oldenburger und Diepholzer Raum nicht verschont. Diesem Negativtrend muß unbedingt entgegengewirkt werden.“

Wir benötigen von den EU-Mitgliedstaaten garantierte Mindestbeträge für die Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte sowie Maßnahmen und Beihilfen für Junglandwirte in ländlichen Gebieten, wo aufgrund von Überalterung der Bevölkerung Schwächen auftreten. Auch eine Zusammenarbeit zwischen bereits niedergelassenen und Junglandwirten kann produktiv sein. Zum Beispiel könnten niedergelassene Landwirte Boden und Kapital und Junglandwirte ihre Fertigkeiten und Arbeitskraft einbringen. Außerdem müssen Aus- und Fortbildung unbedingt überprüft werden, um das Niveau von landwirtschaftlichen Qualifikationen zu verbessern.

Ich fordere deshalb die Kommission auf, die Maßnahmen zur Förderung von Junglandwirten genau und eingehend zu bewerten.“